

Stand: 24.06.2026 17:00:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5410

"Aufenthaltstitel für Geduldete für die Dauer einer Berufsausbildung im Bundesrat unterstützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5410 vom 25.02.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015
3. Mitteilung 17/5663 vom 11.03.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Klaus Adelt, Günther Knoblauch, Martina Fehlner** und **Fraktion (SPD)**

Aufenthaltstitel für Geduldete für die Dauer einer Berufsausbildung im Bundesrat unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im weiteren Gesetzgebungsprozess zum Entwurf des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung die Empfehlung des Bundesrats zu unterstützen, dass für junge Flüchtlinge ein eigenständiger Aufenthaltstitel „Aufenthaltsgewährung für die Dauer einer Berufsausbildung“ geschaffen wird.

Begründung:

Der Bundesrat hat sich in seiner Sitzung vom 6. Februar 2015 in einer Stellungnahme an die Bundesregierung für die Neuschaffung eines Aufenthaltstitels für junge Flüchtlinge zur „Aufenthaltsgewährung für die Dauer einer Berufsausbildung“ ausgesprochen.

Für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich geduldet in Deutschland aufhalten, stellt die in der Regel kurze Laufzeit einer Duldung einen erheblichen Hinderungsgrund dar, eine Berufsausbildung zu beginnen. Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber schrecken unter diesen Voraussetzungen davor zurück, junge Flüchtlinge in Ausbildung zu nehmen, obwohl sie das Potenzial dieser hoch motivierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen erkannt haben und in ihrer Ausbildung eine Chance sehen, dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Sowohl die Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch die Betriebe würden in hohem Maße von der Zusicherung profitieren, dass eine begonnene Berufsausbildung auch abgeschlossen werden kann.

Ministerpräsident Horst Seehofer hat mehrfach Vertretern aus Industrie und Handwerk gegenüber die Schaffung eines gesicherten Aufenthaltsstatus für die Dauer der Berufsausbildung angekündigt.

Die Staatsregierung ist somit aufgefordert, sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren dafür einzusetzen, dass ein Aufenthaltstitel zur „Aufenthaltsgewährung für die Dauer einer Berufsausbildung“, wie von den Ländern vorgesehen, geschaffen wird.

te nicht gleiche oder ähnliche Begrifflichkeiten verwenden wie diejenigen, die wir bekämpfen wollen. Er sollte alles unterlassen, was anknüpfungsfähig ist für die Feinde unserer toleranten demokratischen Gesellschaft und was Antisemitismus, Islamophobie, Rassismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit salonfähig macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er oder sie sollte den Begriff des christlich-jüdischen Abendlandes aus dem aktiven Wortschatz streichen. Eine christlich-jüdische Symbiose, die in eine irgendwie geartete Leitkultur dieses Landes mündete, gab es in Deutschland nie. Eine jahrhundertelange Tradition der Verfolgung, Diskriminierung und Pogrome in Deutschland und anderen europäischen Staaten gegen Juden und Jüdinnen bestimmt viel mehr das historische Bild des christlich-jüdischen Verhältnisses. Die Berufung auf die Werte des christlich-jüdischen Abendlandes blendet sowohl die deutsche Geschichte des Antisemitismus als auch den gegen Migranten und Migrantinnen gerichteten Rassismus aus. Zudem wird für eine säkularisierte Gesellschaft ein omnipräsenter religiöser Identitätsbezug hergestellt, der mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr übereinstimmt.

Neben der ausgrenzenden Wirkung gegenüber allen, die nicht dem Christlich-Jüdischen zuzuordnen sind, wird aber auch die jüdische Kultur und Religion wieder mit Zuweisungen versehen. So schreibt der ehemalige Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland Salomon Korn, dass in dieser Debatte und der um das christlich-jüdische Abendland den Juden wieder eine Rolle zugewiesen werde, die er als "Funktionsjude" umreißt. Er sagt, die Deutschen brauchen die anderen, um zu sagen, wer sie selbst sind oder sein könnten. Neuerdings würden die "Funktionsjuden" in die christlich-jüdische Kulturdebatte inkorporiert, um gemeinsam gegen den neuen Fremden, den Islam, anzugehen.

Diese Gedanken, Kolleginnen und Kollegen, finden sie gut und verständlich ausgeführt in einem Artikel von Marcus Meier in der Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte" aus dem Jahr 2013 unter dem Titel "Fallstricke bei der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus".

Also bitte, verabschieden wir uns alle, verabschieden Sie sich vom christlich-jüdischen Abendland. Diese Debatte heute zeigt, dass wir alle miteinander noch einen weiten Weg vor uns haben, hin zu einer Gesellschaft ohne Rassismus und ohne Antisemitismus. In unserem Land ist Menschenwürde das höchste Gut, die Würde jedes Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Menschenrechte und die Demokratie sind unsere Werte. Dazu gehört die Religionsfreiheit. In dieser Gesellschaft sollte es kein "Wir und die anderen" mehr geben, sondern nur noch ein "Wir" -

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

wir Juden und Jüdinnen, wir Moslems und Muslima, wir Christen und Christinnen, wir Konfessionslose, wir Atheisten und Atheistinnen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5405 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltung? – Auch keine. Damit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf mich beim Hohen Haus, bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr, sehr herzlich bedanken für dieses Signal nach draußen, nicht nur an die Menschen in Bayern, sondern auch darüber hinaus. Danke schön!

Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5406 bis 17/5412 sowie 17/5436 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayrische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten (Drs. 17/3194)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtrededzeit und wie sie sich auf die Fraktionen verteilt, ist bekannt. Als Erster darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Krieg, Gewalt und Vertreibung machen weltweit unzählig vielen Menschen, vielen Familien mit Kindern, das Leben zur Hölle. Flucht erscheint vielen als der einzige Ausweg. Meine Kolleginnen und Kollegen, die Ver-



Mitteilung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/5410

**Aufenthaltstitel für Geduldete für die Dauer einer Berufsausbil-
dung im Bundesrat unterstützen**

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/5410 wurde
zurückgezogen.

Landtagsamt